

Veranstaltungsbericht des Symposiums „Lateinamerika – ein unsicherer Kontinent?“ am 19. April in der Diplomatischen Akademie Wien

von Georg Leitner¹

Wenn in den Medien über Lateinamerika berichtet wird so werden meist nur negative Aspekte wie Drogenkrieg, Erdbeben, organisiertes Verbrechen und Korruption behandelt. Dass Lateinamerika aber durch die Politik der verschiedenen Regierungen in der Lage war die derzeitige Krise besser zu bewältigen als die meisten anderen Regionen auf diesem Globus ist ein Phänomen, über welches kaum Information vorhanden ist. Wenig bekannt ist zum Beispiel in der heutigen Sicherheitsdiskussion das Faktum (siehe das gerade zu Ende gegangene Treffen zur atomaren Sicherheit in Südamerika), dass Lateinamerika mit dem Vertrag von Tlatelolco die einzig wirkliche atomwaffenfreie Zone auf diesem Globus ist. Dennoch steht außer Frage, dass mehrere lateinamerikanische Staaten mit einem hohen Maß an innergesellschaftlicher Gewalt zu kämpfen haben und auch lokale kriminelle Akteure vermehrt in transnationale schattenwirtschaftliche Netzwerke eingebunden sind. Weiters steht auch die Frage einer länderübergreifenden Sicherheitsstruktur in Lateinamerika im Raum, welche von bestimmten Staaten vorangetrieben wird.

Dieser umfassende Themenkomplex um innere und äußere Sicherheit in Lateinamerika und die damit einhergehenden Herausforderungen für die lokalen Regierungen wurde im Rahmen des Symposiums „Lateinamerika – ein unsicherer Kontinent?“ am 19. April 2010 in der Diplomatischen Akademie in Wien eingehend diskutiert. Bei der vom Internationalen Institut für den Frieden (in Zusammenarbeit mit der Diplomatischen Akademie, dem Österreichischen Institut für Internationale Politik und dem Renner Institut) organisierten Veranstaltung referierten dabei mehrere Experten aus dem deutschsprachigen Raum und diskutierten anschließend mit dem Publikum über die Veränderungen der sich im Wandel befindenden Staaten in Südamerika. Neben mehreren Diplomaten, Ministerialbeamten und Vertretern internationaler Organisationen fanden sich auch etliche Lateinamerikainteressierte, Studenten sowie NGO- und Medienvertreter (u.a. Standard, Okto TV) bei dem mit 120 Personen gut besuchten Symposium ein.

¹ Mitarbeiter beim Internationalen Institut für den Frieden.

Die stellvertretende Leiterin der Diplomatischen Akademie **Elisabeth Bertagnoli** eröffnete die Veranstaltung und hob die gegenwärtige Bedeutung des Themas Lateinamerika hervor, indem sie auf den EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai und das bald bevorstehende „Bicentenario“ 6 lateinamerikanischer Staaten hinwies, welche die 200-jährige Unabhängigkeit von ihren ehemaligen Kolonialmächten feierlich begehen. Weiters strich sie die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der Diplomatischen Akademie und lateinamerikanischen Ländern hervor.

Anschließend leitete der Präsident des Internationalen Instituts für den Frieden (IIF) **Peter Schieder** inhaltlich in die Thematik ein. Schieder zufolge ist die gegenwärtige Veranstaltung in einer Reihe mit anderen Veranstaltungen des IIF zu sehen, die sich etwa mit den Beziehungen zwischen der EU und Russland, zwischen der EU und Aserbaidschan sowie mit der geopolitischen Rolle Indiens in der kontemporären Weltordnung befassen. Aufgrund der durch die Globalisierung bedingten weltweiten Vernetzung ist es notwendig, Konflikte in einem globalen Maßstab zu betrachten und somit den analytischen Fokus zu erweitern. Im Hinblick auf die kürzlich in den USA stattgefundenen Konferenz zur atomaren Abrüstung stellt beispielsweise der Vertrag von Tlatelolco – welcher das Testen, das Stationieren, den Besitz sowie die Herstellung von Atomwaffen in Lateinamerika verbietet – ein positives Beispiel für die globale Eindämmung der Gefahr durch Atomwaffen dar.

Der ehemalige Direktor des Instituts für Europäisch-Lateinamerikanische Beziehungen (IRELA) und jetzige senior fellow an der Johns Hopkins Universität **Wolf Grabendorff** wies zunächst auf die Problematik hin, Lateinamerika als einheitlichen Akteur zu betrachten. So könne der Kontinent nicht als eine homogene Staatengemeinschaft gesehen werden, zudem einzelne Länder auch unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie sowie voneinander abweichende Freund-Feindwahrnehmungen haben. Bezugnehmend auf das Thema des Symposiums konstatiert Grabendorff, dass Sicherheitsgefühle immer subjektiv sind und stellt somit die Fragen: „Sicherheit für wen?“ und „Sicherheit wovon?“. Globalisierungsprozesse haben durchaus zu Unsicherheit beitragen, indem sie etwa das internationale Verbrechen gefördert haben. Dieser Umstand lässt sich beispielsweise daran festmachen, dass Kokain in Lateinamerika produziert wird und in den Straßen europäischer Städte verkauft und konsumiert wird. Weiters sind auch durch Demokratisierungsprozesse teilweise mehr Konflikte als früher entstanden, als die Herrschaftsstrukturen noch klar verteilt waren.

Ein weiterer Aspekt der Globalisierung ist zudem die Aushöhlung des Nationalstaates und des staatlichen Gewaltmonopols, wodurch der Staat den Bürgern kaum mehr Sicherheit bieten kann. Eine Folge daraus ist die Privatisierung von Sicherheit durch die Oberschicht, um sich vor steigender Kriminalität zu schützen, was jedoch nur weitere Unsicherheit mit sich bringt. Schließlich identifiziert Grabendorff jedoch keine „Kultur der Gewalt“ sondern differenziert zwischen unterschiedlichen Phasen der Gewaltausübung von der Ebene der öffentlichen und staatlichen bis hin zur transnationalen und regionalen Sicherheit.

In seinem Beitrag referierte **Michael Radseck** vom German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg über Mechanismen von Kooperation und Abschreckung in Lateinamerika, welche beide gleichermaßen zur Geltung kommen. Als Beispiel für sicherheitspolitische Kooperation und gegenseitige Vertrauensbildung nennt er etwa den Südamerikanischen Verteidigungsrat, welcher ein neues Dialogforum zur friedlichen Lösung von Konflikten darstellt. Weiters ist es in bestimmten Regionen zu einer operativen Zusammenarbeit zwischen Polizei, Militär und Gendarmerie gekommen um gemeinsam gegen Drogen- und Geldwäschenetzwerke vorzugehen. Auf internationaler Ebene wurde vermehrt eine gemeinsame Teilnahme an Blauhelmissionen (wie bspw. in Timur, Zypern und Haiti) verfolgt, was auch auf den Umstand hindeutet, dass Lateinamerika außerhalb seiner Grenzen Verantwortung übernimmt. Auf der anderen Seite konterkarieren Rüstungskäufe die ebengenannten Kooperationen, was etwa anhand des wechselseitigen Aufrüstens zwischen Kolumbien und Venezuela veranschaulicht werden kann. Schließlich präsentiert Radseck drei theoretische Szenarien, in welche Richtung sich die Situation in Lateinamerika entwickeln könnte:

Das utopisch anmutende „Best Case“-Szenario geht u.a. davon aus, dass die nationalen Streitkräfte Kontrolle über ihre Territorien ausüben, es zu keinen Putschs kommt, Drogen- und Waffenhandel zurückgedrängt, alle noch vorhandenen Minen geräumt und ambitionierte Bildungs- und Gesundheitsreformen in Angriff genommen werden. Diese Entwicklungen sind jedoch selbst mittelfristig aufgrund der schwachen Zivilgesellschaft und tiefen wechselseitigen gesellschaftlichen Ressentiments höchst unwahrscheinlich. Dem „Worst Case“-Szenario zufolge nehmen ideologische Gegensätze und innenpolitische Gefahren zu und es kommt zu längeren Waffengängen zwischen Staaten, was jedoch ebenfalls aus heutiger Sicht nicht anzunehmen ist. Am Naheliegensten ist deshalb das „Status Quo“-Szenario, welches eine Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklungen in Lateinamerika vorsieht.

Daniel Brombacher von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin befasste sich mit Drogenökonomien und organisiertem Verbrechen in Lateinamerika. Im Vordergrund seines Referates standen die Fragen wie organisiertes Verbrechen organisiert ist, inwiefern dieses Unsicherheit schafft und warum es transnational operiert. Zunächst ist festzustellen, dass kriminelle Netzwerke nicht hierarchisch organisiert sind und somit auch nicht leicht zu zerschlagen sind. Von der Produktion – welche von möglichst wenigen Leuten bewerkstelligt wird und die so wenig sichtbar wie möglich ist – bis hin zum lokalen Verkauf von Drogen werden somit viele kleine Produktionsschritte durchlaufen. Damit diese Drogennetzwerke effektiv funktionieren können, muss auch Gewalt angewandt werden, da Verträge nicht rechtlich durchgesetzt werden können. Diese „regulative Gewalt“ reglementiert somit die Märkte und produziert eine Unsicherheitswahrnehmung in der Bevölkerung, die von dieser Art von Gewalt eigentlich nicht so stark betroffen ist. Dem gegenüber steht eine symbolhafte, kommunikative Gewalt, die das Ziel hat staatliche Behörden und Konkurrenten abzuschrecken und zu einer Intensivierung der Bedrohungswahrnehmung durch die lokale Bevölkerung führt.

Der transnationale Charakter des organisierten Verbrechens ermöglicht die Umgehung staatlicher Kontrollen indem etwa beim Drogenhandel alternative Transportrouten genutzt werden. Problematisch bei der Eindämmung transnationaler Kriminalität ist hierbei vor allem die Durchlässigkeit nationaler Grenzen, wodurch sich Drogennetzwerke auch in benachbarten Staaten ausbreiten können. Somit führt die Transnationalisierung des organisierten Verbrechens gleichzeitig auch zu einer Transnationalisierung von Unsicherheit.

Abschließend ging **Andreas Boeckh** von der Universität Tübingen auf allgemeine Zusammenhänge von Staat, Gewalt und Gesellschaft in Lateinamerika ein. So stellte er aus einer historischen Perspektive fest, dass zwischenstaatliche Kriege in Lateinamerika nicht so lange gedauert haben wie bspw. in Europa, heute aber ein hohes Maß an politischer und innerstaatlicher Gewalt in mehreren Ländern des südamerikanischen Kontinents vorherrschend ist. Seit den 1960er Jahren kam es in Lateinamerika zu mehreren Putschs, zum oftmaligen Wechsel ideologischer Labels und in der Regel wurde die politische Herrschaft mittels Gewalt legitimiert. Weiters hat sich auch gezeigt, dass Demokratie keine Garantie dafür ist, dass Gewalt ausgeübt wird.

Boeckh identifiziert darüber hinaus drei unterschiedliche Manifestationen von Gewaltausübung im lateinamerikanischen Kontext. Zunächst gibt es die politische Gewalt, die der Abschreckung dienen soll und mit dem Problem der Straflosigkeit von Verbrechen

verbunden ist. Zweitens agieren auch mehrere Gewaltunternehmer auf dem Kontinent, wie etwa die FARC in Kolumbien. Schließlich gibt es auch die Ebene der alltäglichen Kriminalität, die von wenig durchschlagskräftigen Justiz- und Polizeiapparaten sowie von Korruption geprägt ist. Ähnlich wie Grabendorff betont auch er, dass man nicht verallgemeinernd behaupten kann „Gewalt“ sei ein Bestandteil lateinamerikanischer Kulturen. Boeckh kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass Staaten in Transition auch ein hohes Maß an politischer Gewalt aufweisen und dass es schwierig ist, das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen zu stärken. Dies hängt auch mit der Frage zusammen, ob lateinamerikanische Staaten genügend Kraft für institutionelle Reformen aufbringen können.

Anschließend an die rege Diskussion mit dem Publikum klang der Abend mit einem „Vin d’honneur“ feierlich aus.